



II-1274 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 73 75 07
Fernschreib-Nr. 111800
DVR: 0090204

Zl. 5931/10-Info-87

390 IAB

1987 -07- 0 8

zu 457 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Dr. Gaigg und Genossen vom
20. Mai 1987, Nr. 457/J-NR/87, "regio-
nal- und strukturpolitische Maßnahmen"

Ihre Fragen beehre ich mich, wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Ich habe dem Land Oberösterreich im Rahmen eines umfassenden Maßnahmenpaketes am 20. Oktober 1986 u.a. auch die Gründung einer vom Bund und Land gemeinsam getragenen Betriebsansiedlungsgesellschaft vorgeschlagen. Am 4. Februar 1987 wurde von meinem Ressort ein detailliertes Konzept übermittelt, in welchem mögliche Aufgaben, Organisation und Finanzierung einer derartigen Gesellschaft näher erläutert wurden.

Die oberösterreich. Landesregierung hat sich bis dato allerdings gegenüber meinem Ressort nicht zu diesem Vorschlag geäußert. Dem Vernehmen nach soll sich aber der zuständige Landesrat öffentlich gegen die Errichtung der oberösterreich. Betriebsansiedlungsgesellschaft ausgesprochen haben.

Ich gehe somit davon aus, daß die Anregung des Bundes in der vorgeschlagenen Form nicht verwirklicht werden wird.

- 2 -

Zu Frage 2:

So lange eine verbindliche Antwort der oberösterreich. Landesregierung auf das Angebot des Bundes nicht vorliegt, wird budgettechnisch mit der im Bundesvoranschlag 1987 unter dem finanzgesetzlichen Ansatz 1/65133 enthaltenen Post Nr. 0806 Ugl. 380 das Auslangen gefunden; Sollte der Bund eine diesbezügliche Verpflichtung eingehen, wird entsprechend der haushaltsrechtlichen Vorschriften für eine ausreichende Bedeckung Vorsorge getroffen werden.

Wien, am 30. Juni 1987

Der Bundesminister

